John Kannankulam

Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus¹

Im folgenden Beitrag möchte ich der Plausibilität und möglichen aktuellen Relevanz eines staatstheoretischen Konzepts von Nicos Poulantzas nachgehen. Poulantzas sah aus den Krisenprozessen der siebziger Jahre eine neue Staatsform entstehen: den autoritären Etatismus. Hierzu werde ich nach einer knappen Skizzierung der zentralen theoretischen Elemente des autoritären Etatismus nachzeichnen, ob und wie sich diese Elemente historisch und im Vergleich zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik plausibilisieren lassen. Besonderes Augenmerk möchte ich in diesem Zusammenhang auf den von Poulantzas vernachlässigten Umbau der internationalen Finanzarchitektur im Zuge des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Systems und den damit verbundenen Aufstieg des Neoliberalismus legen, um abschließend der Frage der Relevanz dieses Konzepts im Lichte aktueller Veränderungsprozesse der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie nachzugehen, wie sie derzeit vielfach diskutiert werden.

1. Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus

Unter dieser bedeutungsschweren Überschrift identifiziert Poulantzas Ende der siebziger Jahre das Herannahen einer neuen Staatsform, deren vier grundlegende Merkmale sich wie folgt zusammenfassen lassen (vgl. auch Jessop 2006, 56-57):

1. eine Machtverschiebung weg von der (parlamentarischen) Legislative hin zur Exekutive, bei der sich die Macht gewissermaßen konzentriert und die einhergeht mit einer Verschie-

¹ Der vorliegende Text ist die ausgearbeitete Fassung eines Vortrages auf der Tagung der AKG im April 2007 in Frankfurt am Main. Allen MitdiskutantInnen und den beiden HerausgeberInnen des vorliegenden Bandes möchte ich an dieser Stelle für ihre kritischen Kommentare und Nachfragen danken.

- bung (und Verselbständigung) der Dominanzen innerhalb des staatsapparativen Gefüges insgesamt,
2. einen Prozess der zunehmenden Verschmelzung zwischen der Legislative, der Exekutive und der Jurisdiktion bei gleichzeitigem Verfall der Funktion des Gesetzes,
 3. einen Funktionsverlust der politischen Parteien als zentrale Organe der Herstellung gesellschaftlicher Hegemonie und als Vermittlungsglieder des politischen Dialogs zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk,
 4. eine zunehmende Verlagerung dieser Vermittlung hin zu parallel operierenden Machtnetzen, die die offiziellen und formalen Wege demokratischer Willensbildung und Partizipation umgehen und sich zusehends ausweiten.

Dass es hierzu kommt, begründet sich nach Poulantzas darin, dass die Krisenprozesse der siebziger Jahre sich nicht allein auf 'ökonomische' Prozesse beschränken, sondern insgesamt enorme Auswirkungen auf die „Situation unserer Gesellschaften mit demokratischen Regierungsformen“ haben (Poulantzas 2002, 231). In diesen Gesellschaften kommt es durch das „gesteigerte [...] Anschreißen sämtlicher Bereiche des ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens durch den Staat [zu einem] einschneidenden Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie [zu] drakonischen und vielfältigen Einschränkungen der sogenannten 'formalen' Freiheiten, die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden.“ (2002, 232)

Begründet ist dieser Prozess darin, dass in der ökonomischen Krise ab Mitte der siebziger Jahre der fordistisch-keynesianische Staat seine antizyklischen Krisensteuerungspolitiken verstärkt, diese aber aufgrund von strukturellen Problemen bzw. sich wandelnden Kräfteverhältnissen „ins Leere“ laufen (vgl. Schroeder 1984). Ein klassisches Beispiel dafür ist der Versuch einer staatlich vermittelten Einbindung der ArbeiterInnen während eines Krisenzyklus, was letztlich v.a. ein Einfrieren der Löhne bedeutete. Vermittelt über korporatistische Arrangements (in der BRD bspw. die Konzertierte Aktion), die vielfach am parlamentarischen Verfahren vorbei agierten, gelang es den v.a. sozialdemokratischen Regierungen in jener Zeit scheinbar steuernd und antizyklisch in den ökonomischen Krisenprozess einzugreifen. So konnte die ArbeiterInnenklasse unter den sich abzeichnenden Krisenbedingun-

gen mit diesen korporatistischen Maßnahmen zunächst darauf verpflichtet werden, sich auf langfristige Tarifverträge einzulassen (Ambrosius 1989, 61). Die „Fluktuation ging zurück, der Krankenstand wurde abgebaut, die Arbeitsdisziplin verbesserte sich, die Mobilitätsbereitschaft war größer als zuvor. Außerdem stieg die Kapazitätsauslastung, durch Mehrschichtbetrieb wurde die Arbeitszeit ausgedehnt und die Kosten des konstanten Kapitals wurden so gesenkt“ (Altvater/Hübner 1988, 17). Das Problem, das in der Folge jedoch sichtbar wurde, war, dass es im Zuge der ökonomischen Krise klassischerweise zu inflationären Tendenzen kam, die zusammen mit den faktischen Lohnstopps massive Einbußen auf Seiten der ArbeiterInnenklasse bedeuteten, die kaum mehr zu vermitteln waren. Wilde Streiks waren vielfach die Folge, die unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung in jener Zeit die staatlich ausgehandelten Arrangements oftmals mit Erfolg unterminierten (Schroeder 1984, 28ff.; Roth 1974).

Aber auch auf Seiten des Kapitals zeigte sich, dass dieses nicht gewillt war, sich den etatistisch-keynesianischen Arrangements ohne weiteres zu unterwerfen, v.a. wenn diese bedeuteten, dass die ArbeiterInnen vielfach höhere Löhne erfolgreich durchsetzen konnten. So nutzten die davon profitierenden Kapitalfraktionen die Mittel antizyklischer staatlicher Investitionspolitik letztlich dazu, in neue Produktionstechnologien zu investieren, statt neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die „keynesianische Rechnung“, die hinter dieser staatlichen Wirtschaftspolitik stand, war letztlich „ohne den Wirt der kapitalistischen Marktkräfte gemacht: Die Unternehmer nahmen die Investitionssubventionen gern mit, indem sie Investitionen vorzogen, die sie sowieso hätten realisieren müssen. Aber sie schufen keine neuen Arbeitsplätze, weil auch damals schon die Investitionen vor allem der Rationalisierung dienten.“ (Altvater/Hübner 1988, 25)

Und auch die in jener Zeit massiv einsetzende Internationalisierung der Produktion ist ein zentraler Ausdruck davon, wie jene Kapitalfraktionen – unter den Bedingungen erschöpfter Produktivitätsreserven innerhalb des atlantischen Fordismus insgesamt – versuchten, den korporatistisch-keynesianischen Arrangements zu entkommen (Fröbel et al. 1977; Aglietta 1979; Poulantzas 1973).

Der fordistisch-keynesianische Staat, nun von zwei Seiten unter Druck gesetzt, verstärkte in dieser Situation seinen exekutiv-eta-

tistischen Modus noch um ein Weiteres. Die staatlich-exekutiven Eingriffe richteten sich nun in autoritärer Weise v.a. gegen die renten- und undisziplinierten ArbeiterInnen (Schroeder 1984, 41ff., 176ff.; Roth 1974). Gleichzeitig geriet durch die nunmehr immer deutlicher feststellbare Offensive neoliberaler Finanzfraktionen, ausgehend v.a. von den USA, und der damit verbundenen erneuten Liberalisierung der Finanzmärkte das keynesianische Paradigma immer mehr in die Krise (Helleiner 1996; Kannankulam 2008).

Letztgenannter Aspekt ist bei Poulantzas merkwürdig unterbeleuchtet, was wohl z.T. zeithistorisch bedingt ist. Nach meinem Verständnis – und hier sind die Analysen Poulantzas' über ihn hinaus zu treiben – war die Liberalisierung der Finanzmärkte im Zuge des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Systems fixer Wechselkurse jedoch eine entscheidende 'äußere Klammer', die zur Entstehung des autoritären Etatismus beitrug. Denn mit der Freigabe der Wechselkurse gerieten die fordistisch-keynesianischen Nationalstaaten in einen währungspolitischen Stabilitätswettbewerb, der letztlich mit dazu beitrug, dass der fordistische Klassenkompromiss und die damit einhergehenden Konzessionen an die subalternen Klassen nicht mehr aufrechterhaltbar war (Helleiner 1996, 167; Hirsch 1995). Die damit verbundenen Konsequenzen möchte ich im Folgenden kurz skizzieren.

2. Zur Systematik liberalisierter Währungsmärkte

Idealtypisch besehen bringt die Abkopplung des Geldes vom Goldstandard eine entscheidende Veränderung *der Funktion* des Geldes mit sich. Ist das Geld durch den Goldstandard noch an eine *reale* Ware und produktive Größe (durch menschliche Arbeit hergestelltes Material) gekoppelt, ist mit der Aufhebung dieser Kopplung – wie es im Zuge der Liberalisierung der siebziger Jahre geschah – die Wertfundierung nur rein monetär möglich (Candeias 2004, 107). Elmar Altvater betont in diesem Zusammenhang „die Unverzichtbarkeit der Zentralbank als einer politischen Institution, die nun institutionelle Regeln der Geldmengensteuerung in Bezug auf die Leistungen der Arbeit entwickeln muss, weil die neutrale Bindung an die durch Arbeit produzierte Metallmenge nicht mehr existiert“ (Altvater 1987, 100). Wichtigstes Ziel dieses nun strukturell dominanten Staatsapparates ist es, die Geldmenge

im Verhältnis zur Nachfrage knapp zu halten, damit der Wert des Geldes zeitlich gegen Inflation und räumlich in der Währungskonkurrenz stabil gehalten wird.

Geld hat, so Altvater/Mahnkopf (2002, 160), „einen Preis in der Zeit, das ist der Zins, und einen Preis im Raum, das ist der Wechselkurs. Beide sind nicht unabhängig voneinander. Bei freiem Geld- und Kapitalverkehr und voller Konvertibilität der Währungen kann ein Preisverfall im Raum, also die Abwertung der Währung, nur gestoppt werden, wenn der Preis in der Zeit, also der Zins, angehoben wird.“ Das so genannte 'Trilemma' in diesem System besteht darin, dass ein stabiler Wechselkurs nicht gleichzeitig mit einer unabhängigen Geldpolitik und einem freien Kapitalverkehr zu haben ist.

Freie Wechselkurse haben somit eine Auswirkung auf den Preis des Geldes in der Zeit, den Zins. Für das Verhältnis von Gläubigern und Schuldnern bedeutet dies, dass sich auf Seiten der Schuldner der Zwang zur „erwerbswirtschaftlichen Rationalität“ (Max Weber), die an sich ein Produktivitätsmerkmal des Kapitalismus darstellt, nunmehr wandelt. Investitionen in produktives Kapital, v.a. über Schulden (vor-)finanziert, können sich u.U. nicht mehr lohnen. Denn bei freien Wechselkursen ist es seitens der Zentralbanken 'rational', einer etwaigen Abwertung der eigenen Währung durch eine Hochzinspolitik entgegenzuwirken. Und zu hohe Zinsen führen, zumal wenn sie über der Rentabilität produktiver Investitionen oder der Wachstumsrate des Sozialprodukts liegen, dazu, dass die 'Bedienung' der Schulden aus der produktiven Masse getätigt werden muss und das Wachstum somit zurückgeht. Die 'Logik' der hohen Zinsen bei freien Wechselkursen ergibt sich noch aus einem weiteren Aspekt: die Möglichkeit der durch die Liberalisierung gegebenen schnellen Mobilisierung von Geldkapital. Droht der Wertverlust einer Währung, gibt es für die Geldvermögensbesitzer die Möglichkeit, ihr Geldvermögen in eine stabilere Währung einzutauschen. Aufgrund dieser latent drohenden Dynamik befinden sich die Währungen in einem ständigen Stabilitätswetlauf miteinander. Dies einmal in Gang gesetzt, konkurrieren die Geldvermögensbesitzer um die günstigsten Anlagemöglichkeiten, die nun nicht (mehr) im produktiven Sektor liegen. Dem entspricht auf der einen Seite eine drastische Ausweitung und Diversifizierung von Finanzierungsinstrumenten, die auf der anderen Seite Ausdruck davon sind, dass bei hohen

Zinsen die Aufnahme eines Kredits ein zunehmendes Risiko in sich birgt.²

Diesem Prozess steht eine gestiegene Schuldenlast gegenüber, denn auch hier ist festzuhalten, dass einem Gläubiger notwendig ein Schuldner gegenübersteht bzw. entspricht. Das heißt salopp ausgedrückt nichts anderes, als dass die Geld-Zinsgewinne des einen die Schulden des anderen sind.

Unter den Bedingungen einer Hochzinspolitik ist es – wie dargestellt – zum einen nicht lohnenswert und zum andern, wenn dies über die Aufnahme von Schulden erfolgt, risikohaft, in produktive Sektoren zu investieren. Dies bedeutet für die jeweiligen Nationalökonomien einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes. Für nationalstaatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik stellt sich dies u.a. dar als Rückgang der aus dem produktiven Sektor erwirtschafteten Gewinne und somit von Steuereinnahmen. Um dies auszugleichen, bestehen wiederum idealtypisch zwei Möglichkeiten: Zum einen die Aufnahme von Schulden, was sich aber unter dem Zwang zur Stabilität verbietet, oder aber zum anderen die Umverteilung der Schulden nach 'unten' durch eine Erhöhung des relativen oder absoluten Mehrwerts und/oder einer Senkung der Löhne der Lohnarbeitenden.

Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf fassen die sich aus dem dargestellten ergebenden Konsequenzen für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die relative Autonomie des Staates und seiner Handlungsfähigkeit wie folgt zusammen:

„Die Verstaatlichung der Schulden und die mit obigem Schema angedeutete Veränderung der Akkumulationsregimes haben aber eine

2 Zu nennen ist hier insbesondere der Ausbau der *Märkte für Derivate*, um den es sich beim Handel mit Finanzprodukten dreht, „die sich auf die künftige Entwicklung der vorgenannten Finanzierungsinstrumente, z.B. den Kurs von Anleihen oder Aktien oder einer Währung, beziehen, also von diesen abgeleitet sind.“ (Candeias 2004, 112) Derartige Geschäfte bezogen sich ursprünglich darauf, Wechselkurschwankungen bei Exportgeschäften abzusichern. Zu unterscheiden sind hierbei die *Garantie* eines Kurses, auch wenn zum Zeitpunkt des tatsächlichen Geschäfts der Kurs oder Zins abweicht: das sog. *Hedging*; der Versuch, Ertragsdifferenzen zwischen verschiedenen Geldanlagen auszunutzen: das sog. *Arbitragegeschäft*; oder aber von einer erwarteten Veränderung von Wechselkursen oder Zinsen etc. zu profitieren: *Spekulation* (Huffschild 1997, 74; vgl. Candeias 2004, 112; siehe auch Setton 2001, 71-72).

weitere Folge: Der Druck auf die Organisationen der Arbeit steigt, sich mit einem geringeren Anteil des BIP [Bruttoinlandsprodukts, J.K.] zufriedenzugeben, um die Renditeansprüche der großen Geldvermögen erfüllen und zugleich die realen Investitionen stimulieren zu können. Sollten sich die Gewerkschaften auf dieses Ansinnen, das allenthalben als der ökonomischen Weisheit unwiderlegbarer Ausfluss präsentiert wird, einlassen, haben sie gleich an zwei Fronten verloren: Sie müssen sich auf eine Stagnation oder gar Senkung der Reallöhne und auf jeden Fall auf eine Umverteilung zu Gunsten des Kapitals einlassen, und sie können sicher sein, dass der so geförderte weitere Anstieg von Geldvermögen, die ja quantitativ immer weiter steigende Renditeansprüche generieren, die Krisenhaftigkeit des globalen Finanzsystems enorm steigern.“ (2002, 173)

Vor dieser Kräftekonstellation oblag es den v.a. sozialdemokratischen Regierungen in den siebziger Jahren, eine monetaristisch-angebotsorientierte, d.h. der Preisstabilität verpflichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik einzuleiten und damit den letzten Rest an Unterstützung durch die ArbeiterInnenklasse zu verspielen. Die eingangs genannten vier Tendenzen der Machtverschiebung weg von der Legislative hin zur Exekutive, der zunehmenden Verschmelzung zwischen der Legislative, der Exekutive und der Jurisdiktion, dem Funktionsverlust der politischen Parteien und der zunehmenden Verlagerung dieser Vermittlung hin zu parallel operierenden Machtnetzen, begründen sich also darin, dass der fordistisch-keynesianische Staat in der Krise der siebziger Jahre einerseits seinen etatistisch-exekutiven Eingriffsmodus verstärkt, dies andererseits jedoch angesichts zunehmender Streiks und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ohne die hegemoniale Einbindung der subalternen Klassen vor sich geht.

3. Britische und deutsche Perspektive im Vergleich

Im Zuge des Zusammenbruchs des Bretton Woods-Systems kam es also zu einem ökonomischen Paradigmenwechsel, der letztlich die Hegemonie- und Legitimitätskrise des fordistischen Staates noch verschärfte und zuspitzte. In dieser Situation war es nun nicht, wie Poulantzas erhoffte, die politische Linke, die davon profitierte – auch wenn die Situation zu jener Zeit angesichts zunehmend militanter Auseinandersetzungen dies durchaus nicht unplausibel erscheinen ließ –, sondern die neoliberale und neokonservative Rechte, die sich erfolgreich aus den Krisenprozessen rekonstituierte.

Margaret Thatchers Offensive inmitten des *Winter of Discontent* von 1979 – bei dem die ArbeiterInnen über mehrere Monate streikten, was von der britischen Boulevard-Presse drastisch inszeniert wurde, z.B. mit Bildern von in Alufolie eingewickelten Patienten in Krankenhäusern, da infolge des Streiks keine saubere Bettwäsche mehr zur Verfügung stand oder von sich türmenden Särgen, da auch die Totengräber von Liverpool ihre Arbeit verweigerten – sollte unter dem Diktum des „Strong State and the Free Economy“ (Gamble 1994) den zentralen Bezugspunkt neoliberal-neokonservativer Politiken ab Ende der siebziger Jahre darstellen.

Interessant hierbei ist, dass sich die Krisenanalyse konservativ-neoliberaler Provenienz mit derjenigen von Poulantzas in zentralen Punkten auffallend gleicht: Auch von konservativ-neoliberaler Seite wurde festgestellt, dass der Staat zunehmend handlungsunfähig werde, da er zu viele Interessen gleichzeitig berücksichtige. Auch auf dieser Seite wurde in diesem Zusammenhang von einer Legitimitätskrise des bürgerlich-demokratischen Staates gesprochen, in der sich die Bürokratie und deren Spitzen immer mehr Macht aneigne und immer mehr Verfahren an sich reiße. Und auch hier wurde vor der Gefahr einer autoritären Lösung, allerdings sozialistischen Typs, gewarnt. So beklagt ein Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 31.5.1980 (zit. in Saage 1983, 92), dass die „persönliche Verweigerung und die parasitäre Inanspruchnahme der Leistungen anderer [...] seit langem an den Grundlagen staatlicher Gemeinschaft [nagt]. [...] aus einer bedrohten Gefahrengemeinschaft wurde ein Wohlfahrtsstaat, aus diesem ein sozialer Wohlfahrts- und Fürsorgestaat. Er vermag keine Loyalitäten zu schaffen. Man hat an ihn nur Forderungen zu Lasten der anderen.“ – Ein Zustand, der in diesem Artikel schlicht als „Dekadenz“ bezeichnet wird (ebd.). Dieser ‘Dekadenz’ auf Seiten derjenigen, die parasitär die Leistungen anderer annähmen, stehe die ‘Unregierbarkeit’ dieser Gesellschaft durch den Staat gegenüber. Infolge der zunehmenden Bereitschaft der Bürger, den Staat bzw. die Gesellschaft für die individuellen Lebensumstände verantwortlich zu machen, so das Lamento, gerieten die Institutionen der Konkurrenz-Demokratie in Widersprüche, die sie selbst nicht lösen könnten. So zwingt die Konkurrenz um Wählerstimmen die Parteien und Verbände dazu, widersprüchliche Positionen einzunehmen. Aus diesem Zwang, den Wählerstimmen entgegenzukommen, würden dann vorrangig Einkommens- und Kon-

suminteressen berücksichtigt, so Peter Graf Kielmansegg (1977, 129; zit. in Saage 1983, 99), obgleich „viele Probleme nur zu Lasten des individuell verfügbaren Einkommens, des individuellen Konsums gelöst werden können“. Und unter dem Zwang, in der Konkurrenz-Demokratie die Interessen des Volkes zu berücksichtigen, das „im politischen Alltag als ein Konglomerat organisierter Interessen auftritt“, stünden die Parteien unter dem Zwang, Reformen einzuleiten, „die in der Regel das Gegenteil dessen bewirken, was sie erreichen sollen“, so Saage kritisch paraphrasierend (Saage 1983, 101). Doch nicht nur dies: Um sich den Wählern verständlich machen zu können, so Graf Kielmansegg weiter, würden politische Diskussionen auf einem niedrigeren Rationalitätsniveau stattfinden, als es der tatsächlichen Problemlage angemessen sei. „Und schließlich erhöhten sich angesichts der Anspruchshaltung der Wählerschaft die Staatsausgaben, obwohl für entsprechende Einnahmen nicht gesorgt werden könne.“ (Saage 1983, 99-100)

Die an die Erfüllung der Ansprüche dieser „organisierten Interessen“ gekoppelte Zustimmung zur Ordnung der Bundesrepublik war gewährleistet, „solange ‘ein zur jährlichen Umverteilungsernte reifendes Wirtschaftswachstum’ sie befriedigte“ (so Rüdiger Altmann in der *FAZ* vom 8.7.1978 zit. in Saage 1983, 100). Angesichts chronischer Arbeitslosigkeit, der Investitionsschwäche der Unternehmen und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte sei die Grenze des Sozialstaats erreicht. Und unter dieser Voraussetzung kann, so Saage die damalige Debatte wiedergebend, „sowohl Legalität als auch Legitimität des Systems der Bundesrepublik sich auf einen Ausnahmezustand zubewegen. Die Krise der Legalität sei absehbar“ (Saage 1983, 101). Die Gefahr, die daraus zu resultieren drohe, sei die zunehmende Verstrickung der parlamentarischen Abgeordneten in das „Magnetfeld der Bürokratie“, die dabei als „Verschiebebahnhof“ der auf normalem, parlamentarischem Wege nicht mehr bewältigbaren Probleme fungiere. Die Folgen, so Saage, weiter paraphrasierend, „lassen nicht auf sich warten: Die Abgeordneten müssen um ihre Basis fürchten; ihre Entfremdung vom Bürger eröffnet Bürgerinitiativen Chancen, ‘die Partei gegen die Parteien nehmen’“ (Altmann a.a.O. zit. in ebd.). Eine Beschreibung der Krisenverstärkungsspirale des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates, die derjenigen von Poulantzas in erstaunlicher Weise ähnelt. Die Vorschläge zur Behebung dieser Krisenphänomene sind jedoch denen Poulantzas’ – wie

kaum anders zu vermuten war – diametral entgegengesetzt: Nicht der Aufbruch zum demokratischen Sozialismus mit einem mehr an Demokratie ist hier die Lösung, sondern die Demokratie als solche wird als problematisch denunziert. Die Lösungsstrategie, diesen Missstand zu beheben, dürfte heute hinlänglich bekannt sein: Mehr Markt und den Staat nur noch da, wo es unabdingbar ist, und wo er nötig ist, um mehr Markt einzuführen. Hierdurch würden dann endlich die Leistungsträger der Gesellschaft wieder belohnt und diejenigen, die durch ihr Anspruchsdenken sich auf Kosten der Gesellschaft auszuruhen gedenken, würden wieder gezwungen, sich dem Leistungsprinzip zu unterwerfen. Das Tribunal des Marktes als Allheilmittel.

Wie man am Beispiel Großbritanniens sehen konnte, legte sich die Regierung Thatcher enorm ins Zeug, dieser Ideologie auch Taten folgen zu lassen: Privatisierung verstaatlichter Betriebe war die Maxime, korporatistische Arrangements und gewerkschaftliche Machtbasen wurden zerschlagen und es wurde versucht regionale Widerstandszentren auszuschalten (Gamble 1994; Jessop et al. 1988; Jessop 1996).

In der BRD erfolgte dieser Prozess unter Helmut Kohl eher schleichend: Hier wurden – auch weil die Krisenphänomene sich nicht symbolträchtig wie im *Winter of Discontent* zuspitzten und Kohl zunächst durch das innerparlamentarische Misstrauensvotum an die Macht kam – lange noch die korporatistischen Arrangements beibehalten, und man sah sich auch lange noch dem fordistischen Politikparadigma verpflichtet (vgl. Esser 1990; Jessop 1986). Die einmalige Chance für einen radikaleren Umbau ergab sich durch die deutsche Wiedervereinigung: Jens Borchert spricht davon, dass man ohne Übertreibung behaupten kann, dass der Kurs, der auf diesem Gebiet von der Regierung Kohl eingeschlagen wurde, mit einiger zeitlicher Verzögerung auf den nordamerikanischen Verschuldungspfad eingeschwenkt ist (Borchert 1995, 203). Ähnlich wie in den USA unter Reagan wurde somit die Politik der leeren, geplünderten Kassen in der BRD unter Kohl dazu benutzt, einen drastischen haushaltspolitischen Kurswechsel einzuleiten.³

3 So stieg zwischen 1991 und 1993 der Anteil der Staatsverschuldung am Bruttosozialprodukt, die Anteile für die Treuhand, die Bahn und die Post bereits rausgerechnet, von 41,3 auf 48,5 Prozent (Borchert 1995, 203). Eine Tendenz, die im Folgenden noch weiter steigen soll-

Hierdurch wurde eine steuerstaatliche Politik begünstigt, durch die die Kosten für die Bürger – sprich die Steuern und Sozialabgaben – stetig erhöht und gleichzeitig die sozialstaatlichen Leistungen abgebaut wurden (ebd.).

Die deutsche Wiedervereinigung eröffnete somit der Regierung Kohl⁴ die Möglichkeit, zentrale Pfeiler des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaates zu schleifen und die Kräfteverhältnisse zu verschieben.

4. Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus

Ohne an dieser Stelle weiter auf die Details eingehen zu wollen, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob mit dem Machtantritt der konservativ-neoliberalen Regierungen der autoritäre Etatismus nicht zu einem Ende gekommen war, da diese Regierungen ja weniger Staat und mehr Markt zum Programm erhoben hatten? Denn somit wäre ja der Etatismus als grundlegendes Merkmal hinfällig geworden.

Feststellbar ist jedoch, dass, auch wenn die konservativ-neoliberalen Regierungen der achtziger Jahre durchaus lautstark den Rückbau des Staates predigten, sich dieser keineswegs aus allen gesellschaftlichen Bereichen gleichermaßen zurückzog; nicht alles wurde dem Tribunal des Marktes übereignet. Zog sich der konservativ-neoliberale Staat v.a. aus den Bereichen der sozialen Fürsorge zurück (vgl. Borchert 1995, 212), rüstete dieser Staat auf repressiver Seite enorm auf. Vor allem in den Bereichen Innere Sicherheit und Militär kann keineswegs von einem Rückzug des Staates gesprochen werden.⁵

te, im Februar 1998 betrug die Schuldenquote 61,3 Prozent (Deutsche Bundesbank 1998, 70).

- 4 Und zentrale Entscheidungen wurden tatsächlich alleine von Kohl und seinen engsten Beratern auch gegen den Rat bspw. der Bundesbank durchgesetzt (vgl. Lehmsbruch 1991; Busch 1991, 200ff.).
- 5 So gab der Bund unter der Regierung Kohl 1986 rund 1,9 Mrd. DM für innere Sicherheit aus, was sich bis zum Jahre 2001 auf rund 4,8 Mrd. DM steigerte; unter der Regierung Schröder belief sich die Summe im Jahre 2004 auf 2,8 Mrd. Euro und in 2007 wurden unter der Großen Koalition dafür 4,44 Mrd. Euro ausgewiesen (Statistisches Jahrbuch 1989, 432; Schulze-Streikow 2007, 507; *Das Parlament* Nr. 37, 2006).

Ein Bereich, in dem dieser Widerspruch zwischen Rhetorik und Realität augenfällig wurde, ist derjenige der Arbeitsmarktpolitik. In Großbritannien wurde hier schon früh der Wandel von Welfare zu Workfare vollzogen. Staatliche Leistungen bei Arbeitslosigkeit gab es nach und nach nur noch, wenn die betroffenen Subjekte – v.a. jüngere Arbeitslose – sich mehrwöchigen Trainings- und sonstigen Disziplinierungsmaßnahmen unterwarfen (Peck 2000; Jessop 2003). Dass dieser Wandel nur einen vordergründigen Rückzug des Staates bedeutete, wird deutlich, wenn man sich die enormen Summen anschaut, die diese Programme kosteten.⁶ Von den staatlichen Überwachungs- und Verwaltungsaufwendungen hierfür ganz zu schweigen.

Waren die konservativen Regierungen anfänglich und angesichts des realen und zu erwartenden gesellschaftlichen Widerstandes noch zurückhaltend, lässt sich dies von den sozialdemokratischen Regierungen in Großbritannien und der BRD ab Ende der Neunziger Jahre nicht sagen. In Großbritannien knüpfte Tony Blair im innerparteilichen Machtkampf zwischen Old und New Labour in Bonapartistischer Manier seine Person an den Ausbau der Workfare-Maßnahmen (Evans/Cerny 2004; Shaw 1996). Und in der BRD nutzte die Regierung Schröder die Gunst der Stunde, sprich: einen Skandal bei der Bundesanstalt für Arbeit dazu, eine außerparlamentarische Kommission unter der Leitung eines Autokonzernmanagers einzusetzen, die den bis dahin drastischsten Umbau der bundesdeutschen Arbeitslosenpolitik nach 1945 arbeitete (Blancke/Schmid 2003).

Was bei der Implementierung dieser Maßnahmen auffällt, und hier kommt wieder der autoritäre Etatismus ins Spiel, ist, dass diese exekutiv 'von oben' gegen enorme Widerstände in der Bevölke-

⁶ So veranschlagte die damalige rot-grüne Bundesregierung für 2005, dem Jahr in dem das Gesetz in Kraft trat, Aufwendungen in Höhe von 14 Milliarden Euro. Statt dieser Summe beliefen sich die Ausgaben dann jedoch auf 24,4 Milliarden Euro, was einer Fehlkalkulation von satten 74 Prozent gleichkommt. Und rechnet man alle drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden zusammen, betragen die Ausgaben hierfür 2005 37,5 Milliarden Euro (*Süddeutsche Zeitung* v. 22.05.06.). Und auch unter der schwarz-roten Koalition liefen die Workfare-Ausgaben weiter aus dem Ruder. Im Finanzplan für 2007 sind hierfür 33,6 Mrd. Euro veranschlagt (Deutscher Bundestag, Drucksache 16/2301, 11).

rung durchgesetzt wurden und dass für deren Durchsetzung auch Widerstände innerhalb der (sozialdemokratischen) Parteien ausgeschaltet wurden – was deren Bedeutungsverlust in den Augen der WählerInnenschaft um ein Weiteres verstärkt haben dürfte.

Darüber hinaus ist das Verfahren, wie diese Maßnahmen in der BRD in Gang gesetzt wurden, in gewisser Weise ein autoritär-etatistisches Paradebeispiel dafür, wie unter Schröder ein paralleles, vom normalen parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren abgekoppeltes Expertengremium im Zusammenspiel mit der Exekutive autoritative Maßnahmen gegen die subalternen Klassen und Widerstände in der Partei erfolgreich durchsetzen konnte (vgl. Butterwegge 2002; Candeias 2004a). Was dabei deutlich wird, ist, dass der autoritäre Etatismus als Politikmodus auch mit dem Machtantritt der konservativen Parteien ab Anfang der achtziger Jahre nicht zu einem Ende gekommen ist. Auch für diese Regierungen erwiesen sich die relativen Verselbständigungsprozesse staatlich-exekutiver Apparate und die Struktur und Existenz paralleler Machtnetzwerke als außerordentlich *nützlich* und *notwendig*, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Im Einklang mit der oben skizzierten konservativen Ideologie ging es ja gerade darum, die Exekutive zu stärken und die laut neoliberalen Credo überbordende Berücksichtigung subalternen Interesses drastisch zurückzubauen. Alle möglicherweise aufgekommenen Hoffnungen, dass es mit dem Machtantritt der sozialdemokratischen Regierungen zu einem Ende des autoritär etatistischen Konservatismus kommen würde, haben sich schnell als verfehlt erwiesen. Die sozialdemokratischen Parteien haben angesichts der nun auch global immer deutlicher gewandelten Kräfteverhältnisse und des konsolidierten Neoliberalismus auch innerparteilich einen deutlichen Wandel vollzogen (Candeias 2004, 332; Kannankulam 2007).

Aus der Perspektive der Neo-Gramscianischen Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie kristallisierte sich aus diesen Prozessen ein „disziplinierender Neoliberalismus“ und als dessen politisch-rechtliche Dimension ein „neuer Konstitutionalismus“ heraus. Diese v.a. von Stephen Gill entwickelten Begriffe stellen somit das transnationale Pendant zu den von Poulantzas für die in der Krise der fordistischen Nationalstaaten identifizierten Tendenzen zur Herausbildung des autoritären Etatismus dar. Hier nach etablierte sich im Zuge der Krisen der siebziger Jahre u.a. durch die am „Washington Consensus“ beteiligten Institutionen

(Gill 2000, 5) ein global wirksames System heraus, dessen Ziel die weltweite Etablierung einer in zehn Zielen benannten ökonomischen Ordnung und Disziplin ist.⁷

Neben dem Internationalen Währungsfonds, dem General Agreement on Trade and Tariffs und der Gruppe der sieben führenden Industrieländer als zentralen Regimen, gelten aus dieser Perspektive auch die regionalen Prozesse ökonomischer Integration wie die Europäische Union, die North American Free Trade Association oder die Association of Southeast Asian Nations als Ausdruck und Stützen des neoliberal-monetaristisch ausgerichteten „Neuen Konstitutionalismus“, der „die Vernetzung des globalen Kapitals und die Intensivierung der Marktdisziplin und damit die Kommodifizierung von Sozialbeziehungen vorantreibt“ (Bieling/Deppe 1996, 733; vgl. Gill 1992; 1995a).

Gekoppelt an diesen Prozess der transnationalen Etablierung und Durchsetzung des Neoliberalismus ist ein multidimensionaler Umbau der bestehenden Gesellschaftsordnungen. Jener beschränkt sich nicht auf die institutionelle transnationale Ebene: „In the last two decades there has been a global shift towards a system more based upon the politics of supremacy and subordination, a disciplinary politics which works at micro levels of everyday life.“ (Gill 1995, 26)

Bezogen auf die staatliche Ebene koppelten sich diese Prozesse mit den 'hinter' ihr stehenden veränderten (internationalen) Kräfteverhältnissen an eine Neukonfiguration der Staatsapparate, „d.h. die Aufwertung von relativ eng an den Weltmarkt gekoppelten Staatsapparaten (Finanzministerien, Zentralbanken etc.) und die Subordination von Ministerien für Beschäftigung und soziale Sicherheit“ (Bieling/Deppe 1996, 733; vgl. Gill 1995a, 82). Prozesse,

7 Dies sind 1) Fiskalische Disziplin, 2) Umleitung öffentlicher Ausgaben in Felder, die sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch eine gleichmäßigere Einkommensverteilung versprechen, 3) Steuerreform (niedrigere marginale Steuersätze, breitere Steuerbasis), 4) Liberalisierung des Finanzmarktes, 5) Schaffung eines stabilen, wettbewerbsfähigen Wechselkurses, 6) Handelsliberalisierung, 7) Beseitigung von Marktzutrittsschranken/Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen (Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Firmen), 8) Privatisierung, 9) Deregulierung (Abschaffung von Markteintritts- und Austrittsbarrieren), 10) Gesicherte Eigentumsrechte (Williamson 1990, 2f.).

die somit aus der Perspektive der Neo-Gramscianischen Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie das erfassen, was Poulantzas für den kriseninduzierten Umbau der fordistischen Nationalstaaten dargelegt hatte.

5. Aktuelle Fragen der Demokratie

Dass der autoritäre Etatismus auch im Neoliberalismus nicht zu einem Ende gekommen ist, wird noch in einem anderen Aspekt deutlich, nämlich wenn man sich aktuelle Debatten zu Demokratie und neuere staats-theoretische Konzeptionen ansieht.

Konstatiert wird hier ein „Zuwachs der Staatsaufgaben einerseits und eine [...] durch interne Fraktionierung abnehmende Steuerungsfähigkeit des politischen Systems und Steuerbarkeit gesellschaftlicher Subsysteme andererseits“ (Schmalz-Bruns 1995, 28).

Dies hat Auswirkungen auf die bestehenden Demokratien insofern – so könnte man die Debatte paraphrasieren –, als dass zum einen die vom Staat zu lösenden gesellschaftlichen Probleme immer unübersichtlicher werden, was zum anderen den Demos in seiner Präferenzbildung und Wahlentscheidung zu überfordern droht.

Die Bandbreite der „Lösungsvorschläge“ zur Behebung dieses Misstandes, der sich auch und vor allem in den Globalisierungsprozessen begründet, ist kaum noch zu überschauen. Pickt man sich jedoch bspw. die Argumentation von Fritz W. Scharpf heraus, – der darauf hinweist, dass Demokratie vor diesem Hintergrund nicht nur hinsichtlich ihrer *Input*-Seite zu betrachten ist, also danach, wer wie am Zustandekommen gesellschaftlicher Entscheidungen beteiligt ist (Herrschaft durch das Volk), sondern dass Demokratie eben auch hinsichtlich ihrer *Output*-Seite zu betrachten ist, der „Herrschaft für das Volk“ –, so findet sich im Anschluss an diese Unterscheidung die Feststellung, dass diejenigen politischen Systeme, die stärker *Output*-orientiert sind, in denen die Macht also konzentrierter ist, „handlungsfähiger und damit jedenfalls dann potentiell problemlösungsfähiger [sind], wenn eine gemeinwohlorientierte Politik die Abkehr vom Status quo erfordert, während machterteilende Systeme gerade damit besondere Schwierigkeiten haben.“ (Scharpf 2004).

In dieser zunächst einmal nur konstatierenden Aussage steckt bei näherem Hinsehen jedoch mehr als eine bloße Feststellung. Denn auch wenn damit die Form „der Neo-Arkanpolitik [Ge-

heimpolitik, J.K.], die gegenwärtig in den diversen Ausschüssen, Konsensrunden und Regierungskommissionen praktiziert wird“ (Lösch 2004, 127), keine hinlängliche demokratische Legitimation beanspruchen kann, ist sie vor dem Hintergrund der Scharpf'schen Unterscheidung doch zumindest vom Ergebnis her zu rechtfertigen. Insofern verwundert es nicht, wenn z.B. für Romano Prodi „die Effizienz der Aktion der europäischen Institutionen die Hauptquelle ihrer Legitimität“ ist (Rede vor dem Europaparlament am 15.02.2000). Warum sollte das, was für die notorisch Input-demokratiedefizitäre EU gilt, nicht auch auf nationaler Ebene gelten? Denn wie sonst lässt sich bspw. die Hartz-Kommission und die allzu fixe Umsetzung der dort beschlossenen Maßnahmen rechtfertigen?⁸

Feststellbar ist, dass das, was für Poulantzas Mitte der siebziger Jahre Gegenstand deutlicher Kritik war und was er als ein Kernelement des autoritären Etatismus identifizierte, nicht aus den aktuellen Politikprozessen verschwunden ist, sondern im Gegenteil derzeit seine ideologische Rechtfertigung erfährt. Kernelemente des autoritären Etatismus fügen sich somit faktisch und ideologisch in den derzeitigen neoliberalen Umbau der Gesellschaften.

8 Um es kurz in Erinnerung zu rufen: Durch den Anfang 2002 aufgedeckten Skandal bei der Bundesanstalt für Arbeit, wonach es dort zu statistischen Beschönigungen gekommen war, ergab sich ein „window of opportunity“ für den „Modernisierungsflügel“ (Kanzler Schröder, Kanzleramtsminister Hombach und dessen Nachfolger Steinmeier, Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement u.a.) innerhalb der Regierung. Durch den „externen Schock wurde der Umgestaltungsbedarf des Systems der Arbeitsvermittlung überdeutlich“ (Blanke/Schmid 2003, 228), und die Modernisierungsfraktion ging mit ihrer exekutiven Spitze in die Offensive. Im Zuge der Neubesetzung der Spitze der Bundesanstalt durch Florian Gerster wurde nicht nur die Bundesanstalt selber umgebaut, sondern es kam auch zu einer Veränderung der Instrumente. Im Zuge dessen wurde eine Kommission zur Reform der Bundesanstalt eingesetzt, die unter der Leitung von VW-Manager Peter Hartz ihre Arbeit aufnahm. Die Ergebnisse dieser unabhängig von der parlamentarischen Legislative arbeitenden Kommission wurden am 16. August 2002 vorgestellt. Die Exekutive nutzte die „Gunst der Stunde“ und beschloss nach der Vorstellung der Ergebnisse der Kommission am 16. August bereits am 21. August 2002 die zügige Umsetzung der Hartz-Vorschläge. Und bereits am 4. September gab Arbeitsminister Riester bekannt, dass die Umsetzung der Vorschläge schon begonnen hat (vgl. Blanke/Schmid 2003, 229).

Bettina Lösch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch in rein prozeduralen Konzeptionen deliberativer Demokratie die „nicht-organisierte Öffentlichkeit“, wie die Sphäre der Zivilgesellschaft auch genannt wird [...] zwar in den demokratischen Beratungsprozess eingebunden [wird, ...] jedoch auf eine Zuliefererfunktion zu den etablierten politischen Institutionen beschränkt [bleibt].“ (2004, 256) Diese Perspektive der Zulieferfunktion und die Rechtfertigung der autoritär-etatistischen parallelen Machtnetzwerke und Kommissionen findet sich auch in aktuellen staats-theoretischen Konzepten wie dem ‘kooperativen Staat’ oder der ‘postparlamentarischen Demokratie’ wieder (vgl. Benz 1998).

Denn durch die Tatsache, so Arthur Benz, dass der Staat mit gesellschaftlichen Akteuren in Kooperationsverhältnissen steht – somit also das Bild vom Leviathan bzw. des hierarchisch steuernden Staates hinfällig geworden sei –, veränderten sich die Bedingungen staatlicher Steuerung (Benz 1998, 90). Benz stellt zwar fest, dass vielfach bezweifelt wird, ob die Auslagerung von Entscheidungen aus den Parlamenten in Verhandlungssysteme als demokratisch bezeichnet werden kann (ebd., 93). Dies hält ihn aber nicht davon ab, festzuhalten, dass solche Kooperationsprozesse, einmal gegeben, nur dann effektiv sind, wenn die Zahl der Teilnehmer klein ist, und dass erst wenn die Verhandlungspartner nicht mehr den Darstellungszwängen *öffentlicher* Beratungen unterliegen, sich die produktive Eigendynamik unmittelbarer Kommunikation entfalten kann (ebd., 95-6). Kurzum: Effektive Verhandlungen sind notwendigerweise exklusiv und finden in kleinen Zirkeln und am besten hinter verschlossener Tür statt.

Auch wenn derlei Argumente vielfach als demokratisch mangelhaft oder nur unter dem Verdikt des „wenn es faktisch schon so ist – dann müssten konsequenterweise auch diese oder jene Bedingungen für höchstmögliche Effizienz gegeben sein“, geäußert werden, weisen sie doch darauf hin, dass eben das, was Poulantzas als autoritäre Entwicklung für die Krise der siebziger Jahre identifizierte, sich gewissermaßen auf Dauer gestellt hat und heute mit den dazugehörigen theoretischen Weihen versehen wird. Die genannten Kernelemente des autoritären Etatismus sind nicht von der Bildfläche verschwunden, sondern kleiden sich heute unter neoliberalen Vorzeichen in neues Gewand.

Umso wichtiger ist es, sich solcherlei Entwicklungen und ihren ideologischen Apologeten auch mit theoretischer Kritik entgegen-

zustellen. Denn Poulantzas' Diktum, dass die Geschichte selbst „uns bis heute kein gelungenes Experiment des demokratischen Wegs zum Sozialismus gegeben hat“, ist zwar weiterhin gültig, gültig ist aber auch seine Aussage, dass der „Sozialismus demokratisch oder gar nicht sein wird“ (2002, 294). Das beinhaltet auch, über das begrenzte historische Niveau der kapitalistischen Arbeitsteilung hinauszugehen, so dass die „assoziierten Individuen auch über die Art und die Verteilung der gesellschaftlichen Tätigkeiten und Kooperation entscheiden, also über die Arbeitsteilung selbst“, so Alex Demirović (1997, 20). Dies könnte ein lohnenswertes Ziel sein.

Literatur

- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation: The U.S. Experience*, London.
- (1987): *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg.
- /Hübner, Kurt (1988): „Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht. Kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD“, in: *Prokla* 73, 6-36.
- /Mahnkopf, Birgit (2002): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster, 5. Auflage.
- Ambrosius, Gerold (1989): „Das Wirtschaftssystem“, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 2: Wirtschaft*, Frankfurt/M., 11-81.
- Benz, Arthur (1998): *Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat*, in: Greven, Michael Th. (Hg.): *Demokratie – eine Kultur des Westens?*, Opladen, 201-222.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (1996): „Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie. Eine Problemskizze“, in: *Das Argument* 217, 729-740.
- Blancke, Susanne/Schmid, Josef (2003): „Bilanz der Bundesregierung Schröder im Bereich der Arbeitsmarktpolitik 1998-2002: Ansätze zu einer doppelten Wende“, in: Egle/Ostheim/Zohlhöfer (Hg.): *Das Rot-Grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002*, Wiesbaden, 215-238.
- Borchert, Jens (1995): *Die Konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates: Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich*, Frankfurt/M u.a.
- Busch, Andreas (1991): „Die Deutsch-Deutsche Währungsunion: Politisches Votum trotz ökonomischer Bedenken“, in: Liebert/Merkel (Hg.): *Die Politik zur Deutschen Einheit*, Opladen, 185-207.

- Butterwegge, Christoph (2002): „Neokorporatismus oder Neoliberalismus bei Rot-Grün? Bilanz der Sozialpolitik seit 1998.“, in: *Z. Zeitschrift für Marxistische Erneuerung* 49.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie: Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Hamburg.
- (2004a): „Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat.“, in: *UTOPIE kreativ* 165/166, 589-601.
- Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft*, Münster.
- Deutsche Bundesbank (1998): *Geschäftsbericht*, Frankfurt/M. <http://www.bundesbank.de> (Zugriff 04/2008)
- (2006): *Finanzplan des Bundes 2006 bis 2010*. Drucksache 16/2301. Berlin. <http://dip.bundestag.de/btd/16/023/160231.pdf> (Zugriff 04/2008)
- Esser, Josef (1990): *Das Wunder lässt auf sich warten – 10 Jahre „Thatcher Revolution“*. Teil I und II, in: *Links* Nr. 237 und 239.
- Evans, Mark/Cerny, Philip G. (2004): „New Labour“, *Globalisierung und Sozialpolitik*, in: Lütz, Susanne/Czada, Roland (Hg.): *Wohlfahrtsstaat – Transformation und Perspektiven*, Wiesbaden, 207-230.
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto (1977): *Die Neue Internationale Arbeitsteilung: Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Hamburg.
- Gamble, Andrew (1994): *The Free Economy and the Strong State. The Politics of Thatcherism*, 2. Aufl., Basingstoke, .
- Gill, Stephen (1992): „The Emerging World Order and European Change: The Political Economy of European Economic Union“, in: Miliband, Ralph/Panitch, Leo (Hg.): *The New World Order*, Socialist Register, London, 157-196.
- (1995): „The Global Panopticon? The neo-liberal state, economic life and democratic surveillance“, Manuskript.
- (1995a): „Theorizing the Interregnum: The Double Movement and Global Politics in the 1990s“, in: Hettne, Björn (Hg.): *International Political Economy. Understanding Global Disorder*, London, 67-99.
- (2000): „The constitution of global capitalism“, auf: www.theglobal.ac.uk. (Zugriff 04/2008)
- Helleiner, Eric (1996): *States and the Reemergence of Global Finance. From Bretton Woods to the 1990s*, Ithaca, London.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der Nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin.
- Huffschmid, Jörg (1997): „Dominanz globalisierter Finanzmärkte? Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz“, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 31, 69-84.

- Jessop, Bob (1986): „Warum es keinen Kohlismus gibt“, in: *Links* 190, 7-8.
- (1996): „Politik in der Ära Thatcher: Die defekte Wirtschaft und der schwache Staat.“, in: Grimm, Dieter (Hg.): *Staatsaufgaben*. Frankfurt/M., 353-389.
- (2003): „From Thatcherism to New Labour: Neo-Liberalism, Workfarism, and Labour Market Regulation“, auf: <http://www.lancs.ac.uk/fss/sociology/papers/jessop-from-thatcherism-to-new-labour.pdf> (Zugriff 04/2008)
- (2006): „Poulantzas' *Staatstheorie* als moderner Klassiker“, in: Brettbauer et al. (Hg.): *Poulantzas lesen*, Hamburg.
- /Bonnett, Kevin/Bromley, Simon/Ling, Tom (1988): *Thatcherism. A Tale of Two Nations*, Cambridge.
- Kannankulam, John (2007): *Autoritärer Etatismus und Populismus der Neuen Mitte*, auf: www.links-netz.de (Oktober).
- (2008): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*, Hamburg.
- Lehmbruch, Gerhard (1991): „Die Deutsche Vereinigung. Strukturen und Strategien“, in *Politische Vierteljahresschrift* 32, 585-604.
- Lösch, Bettina (2004): *Deliberative Politik*, Münster.
- Peck, Jamie (2000): „There is no fifth option. Über 'welfare to workfare' und den Zwang zur Arbeit.“ Interview in: *Diskus*. Frankfurter StudentInnen Zeitschrift 1.
- Poulantzas, Nicos (2001/1973): „Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat“, in: Hirsch/Jessop/Poulantzas: *Die Zukunft des Staates: Denationalisierung, Internationalisierung, Renationalisierung*, Hamburg, 19-70.
- (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg.
- Roth, Karl Heinz (1974): *Die „andere“ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart: Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland*, München.
- Saage, Richard (1983): „Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik“, in: Fetscher, Iring (Hg.): *Neokonservatismus und „Neue Rechte“*, München, 66-116.
- Scharpf, Fritz W. (2004): *Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats*. Working Paper 04/6 Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-6/wp04-6.html> (Zugriff 04/2008)
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995): *Reflexive Demokratie: die demokratischen Transformationen moderner Politik*, Baden-Baden.

- Schroeder, Klaus (1984): *Der Weg in die Stagnation. Eine empirische Studie zur Konjunkturerwicklung und Konjunkturpolitik von 1967 bis 1982*, Opladen.
- Schulze-Steikow, Renate (2007): *Öffentliche Ausgaben für Äußere und Innere Sicherheit 2004*. Auszug aus *Wirtschaft und Statistik*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Setton, Daniela (2001): *Die Entwicklungsdynamik der Finanzmärkte als Teil der Internationalisierung des Kapitals*. Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W. Goethe-Universität, Frankfurt/M.
- Shaw, Eric (1996): „Von 'Old Labour' zu 'New Labour': Die Transformation der britischen Sozialdemokratie“, in: Borchert/Golsch/Jun/Lösche (Hg.): *Das Sozialdemokratische Modell*, Opladen.
- Statistisches Jahrbuch* (1989), Wiesbaden.
- Williamson, John (1990): „What Washington Means by Policy Reform.“, in: Ders. (Hg.): *Latin American adjustment: how much has happened?*, Washington, D.C.